

- TopNews
 - Audiotracks
 - Politik
 - Soziales**
 - Umwelt & Tierrechte
 - Wirtschaft
 - Internationales
 - Kultur
 - Antifaschismus
 - Bewegungen
 - Debatte
 - Theorie
 - scharf-links Baden-Württemberg
 - scharf-links Bayern
 - scharf-links Berlin & Brandenburg
 - scharf-links Hamburg & Schleswig Holstein
 - scharf-links Hessen
 - scharf-links Bremen & Niedersachsen
 - scharf-links NRW
 - scharf-links Rheinland-Pfalz
 - scharf-links Saarland
 - scharf-links Sachsen-Anhalt & Mecklenburg-Vorpommern
 - scharf-links Sachsen & Thüringen
 - scharf-links Netzwerk
 - Leserbriefe
 - Kontakt
 - Suche
 - Sitemap
 - Impressum
 - Datenschutz
 - Archiv
- zum Spendenaufruf**



LSG Niedersachsen-Bremen kippt KdU-Gutachten der Stadt Göttingen

16.10.14

 [Soziales](#), [Niedersachsen](#), [TopNews](#)

von **Thomas Kallay**

Das vom Landkreis Göttingen für die Stadt Göttingen angewendete Gutachten zur Ermittlung von angemessenen Unterkunfts-kosten für Bezieher von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) hält einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

Die dort festgelegten Mietobergrenzen sind zu niedrig. Das Gutachten kann daher nicht als Grundlage für die Leistungsgewährung dienen.

Diese Entscheidung traf das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen (LSG) im Fall einer dreiköpfigen Familie. Diese musste für eine 68 qm große Wohnung in Göttingen monatlich 520 EUR Miete einschließlich Nebenkosten zahlen. Hiervon hat die Stadt Göttingen nur 470 EUR monatlich übernommen. Grundlage dieser Kürzung war ein vom Landkreis Göttingen in Auftrag gegebenes Gutachten. In dem Gutachten waren durch Befragung ermittelte Bestandsmieten zusammengerechnet worden. Der jeweilige Wohnungsstandard wurde nicht ermittelt.

Das LSG hat den Grundsicherungsträger zur Nachzahlung der Differenz zu den tatsächlichen Mietkosten in Höhe von 50 EUR verurteilt. Mangels valider Mietdatensätze seien als Obergrenze die Tabellenwerte des Wohngeldgesetzes zuzüglich eines Aufschlags von 10 Prozent zu berücksichtigen, die im vorliegenden Fall noch höher liegen (568,70 EUR).

Nach Auffassung des Gerichts könne das vorgelegte Gutachten über angemessene Unterkunfts-kosten nicht zur Ermittlung der vom Grundsicherungsträger zu gewährenden Kosten der Unterkunft herangezogen werden. Es enthalte keine nachvollziehbare Definition des Untersuchungsgegenstands, z.B. welche Art von Wohnungen je nach deren Ausstattung, Beschaffenheit und Lage berücksichtigt worden seien. Die Erfassung des gesamten Wohnungsmarkts setze voraus, dass u.a. nach Wohnungsstandards differenziert werden müsse.

Nur darüber werde zuverlässig nachvollziehbar, ob auf einer repräsentativen Basis Wohnungen des einfachen, mittleren und gehobenen Standards einbezogen worden seien. Dies habe der Landkreis Göttingen nicht umgesetzt. Es sei nicht ausreichend, den einfachen Wohnungsstandard allein anhand des Quadratmeterpreises zu definieren, weil der Quadratmeterpreis je nach Wohnlage einen unterschiedlichen Standard der Wohnung abdecken könne.

Im Übrigen würden die strukturellen Schwächen des Gutachtens keine Nachbesserung ermöglichen. Es fehle die vom Gericht für erforderlich gehaltene Datenbasis. Diese könne für rückwirkende Zeiträume auch nicht mehr erhoben werden. Eine belastbare Mietobergrenze könne nur durch eine Neuerhebung auf der Grundlage eines völlig neuen Konzepts erfolgen.

Der Landkreis Göttingen sei verpflichtet, die tatsächlichen Mietkosten bis zu den Werten aus der Tabelle des Wohngeldgesetzes plus 10 Prozent Sicherungszuschlag zu übernehmen (LSG Niedersachsen-Bremen, L 7 AS 330/13).

Veröffentlicht von: *Rechtsanwalt Michael Pennings*

Quelle:

www.bruehler-anwaltskanzlei.de/component/easyblog/entry/hartz-iv-unwirksames-gutachten-zur-ermittlung-der-unterkunfts-kosten.html?Itemid=101

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kallay

thomas@kallayesw.de

Kleine Urteils-Sammlung betreffend die Wichtigkeit von Mietobergrenzen (im SGB II u. SGB XII, sogenannte KdU-Richtlinien).

Die Sammlung wird hier als Internet-Links zu den Urteilen wiedergegeben.

Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, und es sind auch ältere Urteile enthalten. Im Interesse aller Betroffener wäre es sinnvoll, wenn diese Sammlung stetig erweitert würde - denn die Behörden greifen ja derzeit schwer in die soziale Trickkiste, um mittels sogenannter (und zahlenmässig höchst dubioser) KdU-Gutachten u.a. von einer Hamburger Firma namens *"Analyse und Konzepte"* die KdU (Kosten der Unterkunft) kürzen zu können.

Etlliche der folgend genannte Urteile verwerfen diese *"A+K-Gutachten"* und darauf basierende sogenannte *"KdU-Richtlinien"* der Kommunen...

LSG Niedersachsen-Bremen

Quelle: <http://www.bruehler-anwaltskanzlei.de/component/easyblog/entry/hartz-iv-unwirksames-gutachten-zur-ermittlung-der-unterkunfts-kosten.html?Itemid=101>

SG Braunschweig

http://www.kostenlose-urteile.de/Sozialgericht-Braunschweig_S-52-AS-251513_Mietobergrenzen-des-Jobcenter-Helmstedt-halten-gerichtlicher-Ueberpruefung-nicht-stand.news18796.htm

LSG Niedersachsen-Bremen

http://www.kostenlose-urteile.de/LSG-Niedersachsen_L-7-AS-78611_Mietobergrenzen-fuer-SGB-II-Bezieher-im-Landkreis-Heidekreis-rechtswidrig.news18017.htm

SG Chemnitz

http://www.kostenlose-urteile.de/SG-Chemnitz_S-27-AS-415010_Hartz-IV-Mietobergrenze-in-Zwickau-unzureichend-ermittelt.news14779.htm

SG Gießen

http://www.kostenlose-urteile.de/SG-Giessen_S-25-AS-77510_SG-Giessen-Hartz-IV-Konzept-zur-Berechnung-der-Kosten-der-Unterkunft-ist-nicht-schlussig.news10833.htm

Bundessozialgericht zu Land Berlin (WAV unwirksam 04.06.2014)

http://www.kostenlose-urteile.de/BSG_B-14-AS-5313-R_Wohnungsaufwendungenverordnung-des-Landes-Berlin-unwirksam.news19337.htm

LSG Rheinland-Pfalz

http://www.kostenlose-urteile.de/LSG-Rheinland-Pfalz_L-4-AS-61512_Jobcenter-muss-Quadratmeterpreis-fuer-Unterkunfts-kosten-bei-Hartz-IV-anhand-eines-schlussigen-Konzeptes-ermitteln.news18186.htm

<http://www.kanzlei-kuettner.de/index.php/urteil-des-lsg-zu-den-kosten-der-unterkunft-nach-dem-sgb-ii-in-zweibrucken/>

SG Dresden

http://www.kostenlose-urteile.de/SG-Dresden_S-38-AS-344213_Deckelung-der-Unterkunfts-kosten-fuer-Hartz-IV-Empfaenger-der-Stadt-Riesa-rechtswidrig.news17719.htm?sk=d4694343e7d3ba171f5ecbfae18aa59f

Bundessozialgericht zu KdU Stadt Essen 02. April 2014

http://www.kostenlose-urteile.de/BSG_B-4-AS-1714-B-und-B-4-AS-1814-B_BSG-Jobcenter-Essen-muss-hoehere-Unterkunfts-kosten-zahlen.news18188.htm?sk=d4694343e7d3ba171f5ecbfae18aa59f

SG Giessen

Umzug in teurere Wohnung bei Schmerzen beim Treppensteigen zulässig
10.01. 2013

http://www.kostenlose-urteile.de/SG-Giessen_S-25-AS-83212-FR_Hartz-IV-Schmerzen-beim-Treppensteigen-rechtfertigen-Umzug.news15001.htm?sk=d4694343e7d3ba171f5ecbfae18aa59f

SG Stuttgart

http://www.kostenlose-urteile.de/SG-Stuttgart_S-7-SO-329209_Leistungen-der-Grundsicherung-im-Alter-Umzug-zur-Reduzierung-der-Wohnkosten-um-knapp-60-Euro-nicht-zumutbar.news12689.htm?sk=d4694343e7d3ba171f5ecbfae18aa59f

LSG NRW und SG Aachen

<http://www.anwalt-kiel.com/sozialrecht/hartz-4-jobcenter-schlussiges-konzept-kosten-der-unterkunft-12-wogg-sicherheitszuschlag/>

RA Hildebrandt aus Kiel zur Frage der KdU-Bemessung:

<http://sozialberatung-kiel.de/tag/kosten-der-unterkunft/>

Für weitere Suche habe ich einen Link für Google beigefügt:

https://www.google.de/search?q=kosten+der+unterkunft+urteil+2013+2014&ie=utf-8&oe=utf-8&aq=t&rls=org.mozilla:de:official&client=firefox-a&channel=sb&gfe_rd=cr&ei=Z30-VM2tHsaF8QeRh4CwDA

VON: THOMAS KALLAY

[<< Zurück](#)

Diese Webseite verwendet keine Cookies. [Hier erfährt ihr alles zum Datenschutz](#) ✕

"So gut, wie jeder schreiben und lesen lernt, muss jeder schreiben und lesen dürfen."

Karl Marx

MEW I, S. 73, 1842



Die
Webseit
nicht